

Geschäftszahlen:
BMK 2024-0.380.129
BMAW 2024-0.475.247

104/6 neues Material
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Umsetzung der österreichischen Kreislaufwirtschafts- und Bioökonomiestrategie

Die Österreichische Bundesregierung hat am 7. Dezember 2022 die Strategie „Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft“ beschlossen. Diese fand international Beachtung, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Österreich als erst dritter europäischer Staat quantitative Ziele setzt. Zentrale Ziele der Kreislaufwirtschaftsstrategie sind die Reduktion des Materialverbrauchs in der österreichischen Volkswirtschaft, sowie die Erhöhung von Ressourcenproduktivität und Zirkularitätsrate. Dies verringert Umweltbelastungen sowie problematische Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern, stärkt unter anderem durch den Aufbau eines Markts für Sekundärrohstoffe die ökonomische Resilienz und erhöht somit auch die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Die Entwicklung und der Einsatz entsprechender digitaler Technologien spielen zudem eine maßgebliche Rolle für eine effektive und effiziente Umsetzung der Kreislaufwirtschaft. Im März 2019 wurde die Österreichische Bioökonomiestrategie beschlossen und im November 2022 wurde ein dazugehöriger Aktionsplan mit über 100 Maßnahmen und 8 Leuchtturmprojekten vorgestellt, deren Umsetzungsstatus wiederkehrend erhoben wird. Die Umsetzung beider Strategien erfolgt unter Einbindung relevanter Stakeholder und der beteiligten Ministerien (BMK, BMAW, BML, BMBWF und BMSGPK). Ein Leuchtturmprojekt des Bioökonomie Aktionsplans ist der Aufbau der Bioeconomy Austria Plattform. Im Zuge dieses Leuchtturmprojektes haben Expertenforen die Verfügbarkeit sowie mögliche Verwendungspfade für Biomasse als wesentliche Voraussetzung für die Transformation des linearen auf nicht nachwachsenden Rohstoffen beruhenden Wirtschaftssystems zu einer Bioökonomie diskutiert.

Der Bericht „1 Jahr österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie“ zeigt exemplarisch auf, welche Maßnahmen und Initiativen von Seiten der Verwaltung und der Wirtschaft bisher umgesetzt wurden. Dieser berücksichtigt auch die kürzlich beschlossenen bzw. in

Abschluss befindlichen Rechtssetzungsvorhaben auf europäischer Ebene. Wie bei der Erstellung der Kreislaufwirtschaftsstrategie wurden auch für deren Umsetzung relevante Stakeholder in einem transparenten Beteiligungsprozess eingebunden. Neben allgemein orientierten Fortschrittsdialogen mit Vertretern und Vertreterinnen der Unternehmen, der Bundesländer und von NGOs, wurden im Rahmen der Initiative „Circularity im Climate Lab“ zu ausgewählten Transformationsschwerpunkten der Kreislaufwirtschaftsstrategie Stakeholder-Programme mit dem Ziel der Entwicklung konkreter Umsetzungsvorhaben durchgeführt. Mit der FTI-Initiative (Forschung, Technologie und Innovation) Kreislaufwirtschaft und Produktion wurde ein wichtiger Impuls für Forschung und Entwicklung gesetzt.

Als zentrales Gremium zur Unterstützung der Umsetzung von Kreislaufwirtschafts- und Bioökonomiestrategie wurden von BMK und BMAW im Juli 2023 die Task Force Circular Economy (Beirat Kreislaufwirtschaft) eingesetzt mit dem Auftrag, die Bundesminister zu beraten und prioritäre Vorhaben für die Transformation in eine funktionierende Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie vorzuschlagen.

Die Empfehlungen der Task Force sind ebenfalls im gegenständlichen Bericht abgebildet. Allfällige mit dem gegenständlichen Ministerratsvortrag und beigeschlossenen Fortschrittsbericht zur österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie verbundene budgetäre Auswirkungen haben im geltenden BFRG bzw. in den geltenden Budgetansätzen der jeweiligen Ressorts ihre Bedeckung zu finden. Es werden keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt, welche über die im BFRG 2024-2027 verankerten Budgetierungen hinausgehen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den beigeschlossenen Fortschrittsbericht zur österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie zur Kenntnis nehmen.

2. Juli 2024

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher
Bundesminister